Zeitschrift: Die Staatsbürgerin : Zeitschrift für politische Frauenbestrebungen
Herausgeber: Verein Aktiver Staatsbürgerinnen
Band: 13 (1957)
Heft: 9

Artikel: Noch ein schweizerisches "Malaise"?
Autor: [s.n.]
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-845846

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 09.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

ressen zusammengeschlossen. Die „Vereinigung der berufstätigen Frauen von Singapur" beschloss an ihrer ersten Versammlung, sich für die Gleichberechtigung mit den Männern einzusetzen und eine dauernde Beschäftigung im Regierungsdienst zu verlangen.

Lehrerinnen in Amerika

(BSF) Nach einer neueren Statistik sind 88 % der Primarlehrerschaft in den Vereinigten Staaten Frauen; in den Mittelschulen beträgt der Prozentsatz 55 %.

Noch ein schweizerisches „Malaise"?

Nein, wir denken nicht an das Malaise in der welschen Schweiz, auch nicht an das Unbehagen, das beim Empfang der Moskaufahrer in Zürich entstand, auch nicht an politische oder wirtschaftliche Störungen, die durch die wachsende Zentralisation hervorgerufen werden. Wir denken an das Malaise, das Bundespräsident Streuli in seiner Rede zum 1. August erwähnt hat: *die Nicht-Anerkennung der politischen Rechte der Schweizerfrau.*

Schon lange litt unter diesem unangenehmen Gefühl wer Augen hat, zu sehen, Ohren, zu hören und Verstand, um zu verstehen. Es wird störend empfunden in den internationalen Beziehungen und wirkt besonders erschwerend im eigenen Land, wo das tägliche, öffentliche und private Leben uns die Sackgasse zeigt, in der wir uns befinden, indem wir den Frauen seit vierzig Jahren die Anerkennung der zivilen Rechte verweigern. Dieses Malaise kam sehr lebhaft im vergangenen Winter zum Ausdruck, als über den Verfassungsartikel betreffend Zivilschutz und Obligatorium der Frauen abgestimmt werden sollte. Die improvisierten Frauen-Abstimmungen in mehreren Walliser Gemeinden, in einer Gemeinde von Baselland und in Lugano haben die Schwäche unserer Demokratie gezeigt, wo die Hälfte des Volkes nicht befragt wird, Steuern zahlt ohne über Finanzordnung und Ausgaben abzustimmen, Gesetzen unterstellt ist, die sie weder vorbereitet noch gutgeheissen hat und wo ihr keine öffentlichen Aemter zugänglich sind.

Die separatistische Bewegung im Jura wird dieses Malaise noch verstärken. Die kürzlich lancierte Initiative verlangt eine Volksbefragung im Jura. Die Frauen können sie nicht unterschreiben; wenn sie gelingt, werden die Frauen nicht mit befragt; wenn die Berner Stimmbürger die Initiative annehmen, können die Frauen sich nicht zu der für das ganze Land wichtigen Frage der Separation äussern, die auch sie angeht. Und dabei hat sich der Jura in der kantonalen Abstimmung über das Frauenstimmrecht in Gemeindeangelegenheiten vom 3. März 1956 mehrheitlich dafür ausgesprochen. — Es scheint schon so, als ob die Schweizer Bürger nicht reif seien für das Frauenstimmrecht, und solange sie dies nicht verstehen, wird das Malaise nicht nur bestehen bleiben, sondern noch ständig zunehmen. FS